

Alle sind sich einig: Osnabrück braucht mehr Klimaschutz

Wenig Kontroversen bei Podiumsdiskussion mit Vertretern der Ratsfraktionen – Einflussmöglichkeit der Kommune begrenzt

mit Osnabrück. Kommt der Klimaschutz zu kurz? Zu einer Diskussion unter diesem Titel haben die „Lokale Agenda 21“ und der Beirat des städtischen Masterplans „100 Prozent Klimaschutz“ jetzt ins Rathaus eingeladen. Vertreter der Ratsfraktionen diskutierten dort mit dem Publikum.

Die Antwort auf die titelgebende Frage stand für die Teilnehmer der Diskussion bereits vor Beginn fest: Ja, der Klimaschutz kommt in Osnabrück noch immer zu kurz. Beispiel: Gebäudesanierung: Die Sanierungsrate liege in Osnabrück derzeit bei lediglich einem Prozent. „Der Masterplan ‚Klimaschutz‘ sieht aber eine Rate von drei Prozent vor“, sagte Verena Kämmerling (CDU) bei ihrem Eingangsstate-

ment und stellte sogleich die Frage: „Wie kommen wir dahin, dass die Hausbesitzer aktiv werden?“

Kontroversen gab es wenige unter den Vertretern der Ratsfraktionen, die sich auf dem Podium eingefunden hatten. Alle Parteien aus dem Rat waren vertreten, mit Ausnahme der Linkspartei, die sich aus zeitlichen Gründen habe entschuldigen lassen, wie Thomas Polewsky mitteilte. Der Sprecher der „Lokalen Agenda 21“ moderierte die zweistündige Veranstaltung gemeinsam mit seiner Mitstreiterin Elisabeth Michel.

Drei Fragen standen im Mittelpunkt, zu denen die Vertreter aus der Kommunalpolitik jeweils kurz ihre Position darlegten, bevor das Publikum in der zweiten Hälfte



Über Fragen des Klimaschutzes diskutierten (sitzend, von links) Steffen Grüner (BOB), Thomas Haarmann (FDP), Ulrich Hus (SPD), Verena Kämmerling (CDU), Volker Bajus (Grüne) und Hannes Janott (UWG/Piraten) mit dem Publikum im Ratssitzungssaal. Thomas Polewsky (stehend) moderierte. Foto: Jörn Martens

des Abends weitere Fragen und Anregungen formulieren konnte. Die Diskussionen drehten sich in der Folge um Vorschläge zur Steigerung der Sanierungsrate, um Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsmixes und schließlich auch um die kommunalen Einflussmöglich-

keiten, den Klimaschutz in Industrie, Handel und Gewerbe zu fördern.

Beim letzten Punkt, so waren sich alle Diskutanten einig, gebe es auf kommunaler Ebene nur wenige Einflussmöglichkeiten wie beispielsweise die Förderung von Netzwerken zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Klimaschutzmaßnahmen einzelner Firmen. Genannt wurde auch die Einrichtung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements, an dem sich mehrere Unternehmen beteiligen können. Hier solle die Kommune entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und eine intelligente City-Logistik unterstützen, wie Steffen Grüner (BOB) darlegte.

Auf großes Interesse vor allem bei Ulrich Hus (SPD)

stieß die Frage eines Gastes zur energetischen Gebäudesanierung: Er wollte wissen, warum die mit einer solchen Maßnahme meist einhergehende Mieterhöhung eigentlich auch dann weiter fortbestehe, wenn sich die Sanierung nach einigen Jahren für den Eigentümer bereits amortisiert habe.

Wie schwer es ist, einen Konsens auf kommunaler Ebene zu finden, um beispielsweise den Anteil des ÖPNV am Verkehrsmix zu erhöhen, legte Hus mit einem Beispiel aus Suttshausen und Holzhausen dar: Zwischen den benachbarten Stadtteilen von Osnabrück und Georgsmarienhütte verlaufe eine Tarifgrenze, sodass viele Holzhauser mit dem Auto nach Suttshausen kämen, um von dort aus per Bahn oder

Bus weiter nach Osnabrück zu fahren. „Die Städte schaffen es hier nicht, sich zu einigen“, bedauerte der SPD-Politiker. Verena Kämmerling forderte, die Linienführung der Busse in Osnabrück so zu überarbeiten, dass Pendler aus jedem Stadtteil bequem und schnell zum Hauptbahnhof gelangen könnten.

Nach zwei Stunden endete die Diskussion, die Teil des „Themenjahres Klimastadt“ ist. Die nächste Dialogmöglichkeit zur Verkehrswende beginnt am Dienstag, 16. Mai, um 19 Uhr im Rathaus. Thema: „Schluss ‚Mamataxi‘“. Dann werden auch Kinder darlegen, wie für sie die Situation vor den Schulen ist, wenn sie und ihre Mitschüler von den Eltern mit dem Auto zum Unterricht gebracht werden.

NOZ 5.5.2017

Bildtext: Über Fragen des Klimaschutzes diskutierten (sitzend, von links) Steffen Grüner (BOB), Thomas Haarmann (FDP), Ulrich Hus (SPD), Verena Kämmerling (CDU), Volker Bajus (Grüne) und Hannes Janott (UWG/Piraten) mit dem Publikum im Ratssitzungssaal. Thomas Polewsky (stehend) moderierte.

Foto: Jörn Martens

Text:

Osnabrück. Kommt der Klimaschutz zu kurz? Zu einer Diskussion unter diesem Titel haben die „Lokale Agenda 21“ und der Beirat des städtischen Masterplans „100 Prozent Klimaschutz“ jetzt ins Rathaus eingeladen. Vertreter der Ratsfraktionen diskutierten dort mit dem Publikum.

Die Antwort auf die titelgebende Frage stand für die Teilnehmer der Diskussion bereits vor Beginn fest: Ja, der Klimaschutz kommt in Osnabrück noch immer zu kurz. Beispiel: Gebäudesanierung: Die Sanierungsrate liege in Osnabrück derzeit bei lediglich einem Prozent. „Der Masterplan ‚Klimaschutz‘ sieht aber eine Rate von drei Prozent vor“, sagte Verena Kämmerling (CDU) bei ihrem Eingangsstatement und stellte sogleich die Frage: „Wie kommen wir dahin, dass die Hausbesitzer aktiv werden?“

Kontroversen gab es wenige unter den Vertretern der Ratsfraktionen, die sich auf dem Podium eingefunden hatten. Alle Parteien aus dem Rat waren vertreten, mit Ausnahme der Linkspartei, die sich aus zeitlichen Gründen habe entschuldigen lassen, wie Thomas Polewsky mitteilte. Der Sprecher der „Lokalen Agenda 21“ moderierte die zweistündige Veranstaltung gemeinsam mit seiner Mitstreiterin Elisabeth Michel.

Drei Fragen standen im Mittelpunkt, zu denen die Vertreter aus der Kommunalpolitik jeweils kurz ihre Position darlegten, bevor das Publikum in der zweiten Hälfte des Abends weitere Fragen und Anregungen formulieren konnte. Die Diskussionen drehten sich in der Folge um Vorschläge zur Steigerung der Sanierungsrate, um Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsmixes und schließlich auch um die kommunalen Einflussmöglichkeiten, den Klimaschutz in Industrie, Handel und Gewerbe zu fördern.

Beim letzten Punkt, so waren sich alle Diskutanten einig, gebe es auf kommunaler Ebene nur wenige Einflussmöglichkeiten wie beispielsweise die Förderung von Netzwerken zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Klimaschutzmaßnahmen einzelner Firmen. Genannt wurde auch die Einrichtung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements, an dem sich mehrere Unternehmen beteiligen können. Hier solle die Kommune entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und eine intelligente City-Logistik unterstützen, wie Steffen Grüner (BOB) darlegte.

Auf großes Interesse vor allem bei Ulrich Hus (SPD) stieß die Frage eines Gastes zur

energetischen Gebäudesanierung: Er wollte wissen, warum die mit einer solchen Maßnahme meist einhergehende Mieterhöhung eigentlich auch dann weiter fortbestehe, wenn sich die Sanierung nach einigen Jahren für den Eigentümer bereits amortisiert habe.

Wie schwer es ist, einen Konsens auf kommunaler Ebene zu finden, um beispielsweise den Anteil des ÖPNV am Verkehrsmix zu erhöhen, legte Hus mit einem Beispiel aus Sutthausen und Holzhausen dar: Zwischen den benachbarten Stadtteilen von Osnabrück und Georgsmarienhütte verlaufe eine Tarifgrenze, sodass viele Holzhauser mit dem Auto nach Sutthausen kämen, um von dort aus per Bahn oder Bus weiter nach Osnabrück zu fahren. „Die Städte schaffen es hier nicht, sich zu einigen“, bedauerte der SPD-Politiker. Verena Kämmerling forderte, die Linienführung der Busse in Osnabrück so zu überarbeiten, dass Pendler aus jedem Stadtteil bequem und schnell zum Hauptbahnhof gelangen könnten.

Nach zwei Stunden endete die Diskussion, die Teil des „Themenjahres Klimastadt“ ist. Die nächste Dialogmöglichkeit zur Verkehrswende beginnt am Dienstag, 16. Mai, um 19 Uhr im Rathaus. Thema: „Tschüss, Mamataxi“. Dann werden auch Kinder darlegen, wie für sie die Situation vor den Schulen ist, wenn sie und ihre Mitschüler von den Eltern mit dem Auto zum Unterricht gebracht werden.